

Die „zeitliche Überforderung“ beklagen vor allem Pfarrer (69 Prozent) und Pastoralassistenten und -assistentinnen (64 Prozent), nur etwa halb so oft Religionslehrer, Frauen tendenziell weniger als Männer. Auch die Klage über geringe Freizeit ist eher bei Laientheologen und -theologinnen sowie Pfarrern anzutreffen als bei Religionslehrern. Ungenügende Bezahlung wird mit Abstand am häufigsten von Pastoralassistenten und -assistentinnen als Problem gesehen (35 Prozent). Konflikte mit der Amtskirche erwähnten am häufigsten Religionslehrer (47 Prozent).

Ein deutlich unterschiedliches Verhalten zwischen den verschiedenen Typen von kirchlichen Berufen besteht nach Angaben der Studie auch in bezug auf den *Wechsel zu anderen kirchlichen Berufen* oder gar dem Abbruch. Pfarrer und Religionslehrer verändern sich in dieser Hinsicht vergleichsweise wenig, anders dagegen Pastoralassistenten und -assistentinnen. Von 100 Pastoralassistenten, Frauen und Männer, waren zum Zeitpunkt der Erhebung noch 37 in ihrem angestammten Beruf, zwei Drittel hatten sich nach etwas anderem umgesehen. Bei den Gründen für einen innerkirchlichen Berufswechsel fällt auf, daß mit deutlichem Abstand, und zwar bei Männern wie bei Frauen, die „Suche nach einer neuen Herausforderung“ genannt wurde (Männer 53, Frauen 48 Prozent), „Konflikte mit Vorgesetzten“ aber häufiger von Frauen (30 gegenüber 13 Prozent bei Männern).

Die Ergebnisse der Studie betreffen die Einschätzung des absolvierten Theologiestudiums ebenso wie die Motive, die die heutigen Seelsorger zu ihrem Studienfach geführt haben, die Religiosität von Theologen und Theologinnen ebenso wie Angaben über ihre Freizeit und ihr Privatleben, Ansichten über Laientheologen und Aussagen über das Priester-tum. Die Arbeit, mit Hilfe auch dieser Daten Perspektiven

für die Zukunft kirchlicher Berufe zu entwickeln, hat begonnen. Vom selben Autor als Herausgeber liegt ein erster Sammelband von Aufsätzen vor (*Christian Friesl* [Hg.], *Christsein als Beruf. Neue Perspektiven für theologische Karrieren*. Wien 1996), die im Rahmen eines Symposiums im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt entstanden sind.

Die Art und Weise, in der man heute mit den kirchlichen Mitarbeitern umgeht, entscheidet – neben anderen Faktoren – mit darüber, in welchem Ausmaß und in welcher Qualität es morgen noch solche qualifizierten und engagierten Mitarbeiter geben wird. Bei aller Kritik und allen Defiziten, die bei dieser österreichischen Untersuchung ans Tageslicht kamen, ist doch auffällig, wie ermutigend die Analysanden insgesamt den Befund bewerteten. Wenn mit Kritik auch nicht gespart werde, so sei dies doch eine Kritik, „die gleichzeitig von Zuneigung und Verbundenheit zur Kirche geprägt ist“. Träume und Veränderungswünsche werden gelesen als Hinweise auf hohe Erwartungen an die Kirche.

Die österreichischen Forscher sprechen von einem „Hoffnungspotential für die Kirche“, von einem „personellen Reservoir, dem man die Zukunft der Kirche getrost anvertrauen kann“. In einer vermeintlich larmoyanten und kritiksüchtigen kirchlichen Landschaft lassen solche Hinweise aufhorchen. Selbst wenn diese Feststellungen sehr optimistisch klingen, zeigen sie doch zugleich, daß dieses Potential immer wieder neu erschlossen und begleitet sein will. Dies muß auf einem Standard geschehen, der heutiger Professionalität entspricht. Daran führt auch für kirchliche Berufe kein Weg vorbei – ob dies die soziale Lage von Frauen betrifft oder die praktischen Erfahrungen von Seelsorgern mit ihrem Beruf.

Klaus Nientiedt

# Demokratisierung in der Sackgasse

## Kenia – ein Jahr vor den Wahlen

*Ein Präsident, der seit 18 Jahren mit diktatorischen Mitteln regiert; eine Demokratisierung, die auf halbem Wege stecken-zubleiben droht, ein Land, das zwischen politisierter Ethnizität und sachorientierter Rationalität schwankt. Ein Jahr vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist Kenia ein Land mit ungewisser Zukunft.*

Rund ein Jahr vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gibt der 1991 begonnene demokratische Übergang im ostafrikanischen Kenia wenig Anlaß für Optimismus. Die seit der Unabhängigkeit regierende *Kenya African National Union* (KANU) und Staatspräsident *Daniel arap Moi* versuchen die demokratischen Zugeständnisse auf ein Minimum zu begrenzen und regieren das Land z. T. wie zu Zeiten des Einparteiensystems, das seit Dezember 1991 eigentlich der Geschichte angehört. Gleichzeitig bietet KANU zunehmend

ein Bild der Zerrissenheit. Die Oppositionsparteien jedoch sind heillos zerstritten und weit davon entfernt, eine ernsthafte Alternative zur Regierung darzustellen. Der gegenwärtig stabilisierende Faktor ist der in weiten Teilen des Landes wenig geliebte Moi, der seit 1978 als Nachfolger des ersten Präsidenten, *Jomo Kenyatta*, amtiert. Über Mois Gesundheitszustand kursieren jedoch beunruhigende Gerüchte. Dies hat wesentlich zur Bildung zweier um die Mo-Nachfolge konkurrierender KANU-Fraktionen beigetragen.



Mehrere Konfliktlinien laufen in diesen gegenwärtigen Auseinandersetzungen zusammen. Die bedeutsamste resultiert aus der *Politisierung von Ethnizität*. Ethnizität als Organisationsprinzip politischer und sozialer Interessen wiederum konfliktiert mit einer sachorientierten *zivilgesellschaftlichen Rationalität*. Damit verwoben ist ein *Generationskonflikt* zwischen Alt-Politikern, die durch das klientelistische KANU-System sozialisiert worden sind, sowie Professionals und sogenannten Jung-Türken, die für einen stärker sach- und problemlösungsorientierten Politikansatz stehen.

### Zwischen Ethnizität und Rationalität

Kenia besteht heute aus rund 40 ethnischen Gruppen. Ethnische Identitäten begannen sich zumeist erst unter kolonialem Herrschaftsdruck in einer Mischung aus Selbsterfindung und Fremdefinition herauszubilden. Die *Kikuyu*, mit 20,78 Prozent die größte Ethnie des Landes, besaßen in vorkolonialen Zeiten in erster Linie ein kulturelles Selbstverständnis, das sich aus ihrer Wirtschaftstätigkeit als Ackerbauern ebenso ableitete wie etwa das der *Maasai* (heute 1,76 Prozent der Bevölkerung) aus ihrem Nomadendasein. Beide ethnischen Gruppen, die an den Ausläufern des Hochlandes nebeneinander lebten, verfügten noch über keine klaren Linien der Abgrenzung. Eine breite Grauzone machte die Übergänge fließend. Die Wirtschaftsformen waren zudem komplementär, so daß Maasai in Zeiten von Rinderseuchen Hilfe von den Kikuyu-Nachbarn erhielten und diese sich bei Mißernten an die Maasai wenden konnten. In vorkolonialer Zeit waren die Kikuyu noch weit von jenem ethnischen Subnationalismus entfernt, mit dem viele ihrer Angehörigen in der Mau-Mau-Bewegung der 1950er Jahre die britische Kolonialmacht bekämpften und mit dem sie im unabhängigen Kenya eine herausgehobene Stellung einforderten. Auch die *Kalenjin* sind erst in den 1950er Jahren entstanden. Unter maßgeblicher Forcierung des heutigen Präsidenten Moi schlossen sich damals relativ disparate ethnische Gruppen zusammen, um am Beginn der Unabhängigkeit im Verteilungspoker um Posten und Land größeres Gewicht in die Waagschale werfen zu können.

Gerade in dieser Zeit wurde Ethnizität als politisches Organisationsprinzip von den politischen Führern stark gefördert, um so Interessengegensätze innerhalb der ethnischen Gruppen zu überdecken, bei den Kikuyu vor allem zwischen den sogenannten *Loyalists*, die mit der Kolonialmacht zusammengearbeitet und dadurch nicht selten zu Reichtum gekommen waren, und den ehemaligen Mau-Mau-Kämpfern sowie zwischen Großbauern und Kleinbauern bzw. Landlosen. Nach dem Wahlsieg KANUs 1963 führte der in der Kolonialzeit lange inhaftierte Kenyatta das Land schließlich in die Unabhängigkeit.

Als Kikuyu gehörte Kenyatta nicht nur der größten, sondern auch der wirtschaftlich machtvollsten ethnischen Gruppe an und konnte daher von einer Position relativer Stärke regie-

ren, die eine gewaltarme Konfliktmoderierung erleichterte. Innerhalb eines geschickt geführten informellen ethnischen Bündnisses in wechselnder Besetzung waren Ziele einzelner Gruppen verhandelbar, solange es um die Sicherung eines größeren Anteils am nationalen Kuchen und nicht um die Erringung der politischen Macht selbst ging; Gewaltanwendung blieb *ultima ratio*, wenn alle anderen konfliktentschärfenden *checks and balances* versagt hatten. In der Regel wurden Verlierer politischer Auseinandersetzungen bzw. deren Vertraute immer wieder in das Bündnis aufgenommen. Aufgrund der relativen Stärke der Kikuyu waren es ethnische bzw. ethnischierbare Konflikte, deren Regulierung Kenyatta am leichtesten fiel.

Als der greise Kenyatta am 22. August 1978 starb, trat verfassungsgemäß der bisherige Vizepräsident Daniel arap Moi die Nachfolge an. Moi setzte in den ersten Jahren seiner Herrschaft neue Akzente, indem er zumindest rhetorisch die Selbstbereicherung der Elite geißelte und mehr politische Liberalität versprach. Doch verschlechterten sich in dieser Zeit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hatte Kenia unter Kenyatta ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erlebt, so trieben Dürre und fallende *terms of trade* die kenianische Wirtschaft in eine Krise. Im August 1982 versuchten Luftwaffenoffiziere unterer Ränge die wachsende Unzufriedenheit für einen Putsch zu nutzen, der jedoch binnen kurzer Zeit niedergeschlagen wurde. Daraufhin wurde das innenpolitische Klima zunehmend repressiver. Bereits im Mai hatte Moi Kenia auch rechtlich zum Einpartei-Staat erklären lassen, um so die Zulassung einer vom ehemaligen Vizepräsidenten *Oginga Odinga* geplanten Partei verhindern zu können.

Gerechtfertigt wurde die verstärkte Repression mit Aktionen einer kaum aktiven Untergrundorganisation namens *Mwa'kenya*. Tatsächlich muß der autoritäre innenpolitische Kurs jedoch vor dem Hintergrund der im Vergleich zu Kenyatta schwachen ethnischen Basis gesehen werden, auf der Moisi Herrschaft beruhte. Die *Kalenjin* waren nicht nur kleiner als die Kikuyu, sondern auch wirtschaftlich weit weniger entwickelt als diese. Der Putschversuch von 1982, in den sowohl Angehörige der Kikuyu als auch der *Luo*, der zweitgrößten ethnischen Gruppe (12,38 Prozent), verwickelt waren, hatte Moi noch einmal seine Abhängigkeit von den Kikuyu vor Augen geführt. 1978 hatte er die Kenyatta-Nachfolge nur antreten können, weil er die Unterstützung zweier prominenter Kikuyu-Führer besaß, nämlich von Finanzminister *Mwai Kibaki*, den Moi anschließend zu seinem Vizepräsidenten erkoren hatte, und von Generalstaatsanwalt *Charles Njonjo*. Beide hatten Moi ursprünglich für einen schwachen, leicht dirigierbaren Präsidenten gehalten. Doch nach dem Putsch begann Moi mit unerwarteter Entschlossenheit, den Kenyatta-Staat, den er bisher weitgehend intakt gelassen hatte, umzubauen. Dazu gehörte die Wiedererweckung der unter Kenyatta nur zu den Wahlen aktivierten Einheitspartei KANU, die nun zum bestimmenden politischen Organ des Landes wurde, sogar dem Parlament übergeordnet, zwar nicht verfassungsrechtlich, aber von Moi dekretiert.



Verfassungsänderungen schränkten 1986 und 1988 die Unabhängigkeit der Judikative ein, und die Reform des Verwaltungssystems, der *District Focus for Rural Development*, stärkte das politische Zentrum als Entscheidungs- und die Distrikt-Ebene als Durchführungsinstantz auf Kosten der unter Kenyatta machtvollen Provinzverwaltung. Moi erwies sich aber auch als Meister der politischen Intrige und spielte die verschiedenen Kikuyu-Gruppen, die selbst um die Vorherrschaft innerhalb ihrer Gemeinde konkurrierten, so geschickt gegeneinander aus, daß keine von ihnen stark genug wurde, um ihn zu gefährden. Ende der 1980er Jahre traten jedoch die Grenzen dieser *divide-et-impera*-Strategie zutage: Moi hatte nun alle relevanten Kikuyu-Gruppen marginalisiert, so daß sie in Konfrontation zu seiner Herrschaft sich vorsichtig und vorübergehend zusammenschließen begannen.

Der Anlaß, der die Krise des politischen Systems schließlich zum Ausbruch brachte, war die Ermordung des Außenministers *Robert Ouko*, einem Luo, im Februar 1990. Die Regierung konnte nicht glaubhaft machen, daß sie nicht in die Ermordung verwickelt war (später stellte sich heraus, daß allem Anschein nach tatsächlich zwei Regierungsmitglieder, darunter der Moi-Vertraute *Nicholas Biwott*, für die Ermordung verantwortlich waren und Moi darüber von vornherein im Bilde war). Auch hier spielte Ethnizität eine besondere Rolle, denn Ouko war der letzte ranghohe und populäre Luo der Regierung gewesen. Da nun beide wichtigen ethnischen Gruppen aus dem politischen System ausgegrenzt waren, mußten ihre Politiker, so sie denn zurück an die Schalthebel der Macht wollten, die Systemfrage stellen: Um in Konkurrenz zur KANU treten zu können, mußten sie die Rückkehr zum Mehrparteiensystem fordern. Damit mündete die kenianische Entwicklung aufgrund ganz eigener, systeminterner Widersprüche in den weltweiten Demokratisierungsstrom der frühen 1990er Jahre.

## Juristen und Kirchen als Wegbereiter der Opposition

Vorbereitet worden war die kenianische Demokratisierung indes seit Ende der 1980er Jahre von Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen, insbesondere Angehörigen der christlichen Hauptkirchen und Juristen der jüngeren Generation. Im Gegensatz zu KANU-Politikern und KANU-Dissidenten orientierten sie sich stärker an Sach- als an Machtfragen; Ethnizität spielte für sie als primäres Organisationsprinzip keine Rolle. Es war in dieser Umbruchphase, zwischen Formierung der Opposition Anfang 1990 bis zu ihrer offiziellen Zulassung, der Rückkehr zum Mehrparteiensystem Ende 1991, daß Kikuyu- und Luo-KANU-Dissidenten trotz unterschiedlicher Organisations- und Handlungsrationaltäten mit den Exponenten der Zivilgesellschaft kooperierten. Ihre gemeinsame Gegnerschaft zum Moi-Regime einte sie vorübergehend.

Angesichts der totalen Dominanz der politischen Gesell-

schaft, also der Partei und des politischen Wettbewerbs, durch Moi und seinen Führungszirkel sowie der Akzeptanz dieser Spielregeln durch ihre Opfer (die Kikuyu- und Luo-Politiker) bis zum bitteren Ende, hatten Gruppen zum Symbol des Widerstandes gegen die Regierung werden können, die außerhalb dieses Systems standen und deren Handlungsmaßstab *Rechtsstaatlichkeit* und Einhaltung der *Menschenrechte* waren. Dies waren Vertreter der anglikanischen und protestantischen Kirchen (*Church of the Province of Kenya/CPK* und der *Presbyterian Church of East Africa/PCEA*) mit dem nationalen Kirchenrat, dem *National Council of Churches of Kenya* (NCCCK), in zunächst noch moderater Form die katholische Kirche und Juristen der Post-Unabhängigkeitsgeneration mit ihrer Standesorganisation, der *Law Society of Kenya* (LSK).

Diese Institutionen verfügten über relativ repressionsresistente Ressourcen, die sie für diese Widerstandsrolle prädestinierten und die andere kritische bzw. potentiell kritische Gruppen, etwa Universitätsdozenten oder Gewerkschaften, nicht besaßen. Zu diesen Ressourcen zählten ihre internationalen Verbindungen, die ihnen einen gewissen Schutz verliehen. Vor allem die Vertreter der Kirchen besaßen in Form ihrer spirituellen Autorität, ihrer landesweiten Verankerung und ihrer moralischen Reputation in der Bevölkerung zusätzliche Ressourcen. Drohungen und Einschüchterungen erreichten daher nicht die Stärke, die sie zur selben Zeit etwa gegen KANU-„Abweichler“ entwickelten. Inhaltlich prädestiniert zum Kollisionskurs mit der Regierung hatten die Kirchenvertreter ihre Bibelexegese und ihr daraus abgeleitetes Selbstverständnis als Anwalt der *wananchi* (*Swahili*-Äquivalent für Bürger), die sich angesichts der Verödung bisheriger Kanäle zur Interessenartikulation durch die Regierung ihrerseits zunehmend an die Kirchen wandten.

In der Jurisprudenz wirkte sich in den 1980er Jahren aus, daß zahlreiche Juristen der jüngeren Generation Teile ihrer Ausbildung an westlichen Universitäten bzw. der progressiven Rechtsfakultät der *University of East Africa* in Dar-es-Salaam absolviert hatten und sich den dort gelehrtten Prinzipien der *Gewaltenteilung* und *Rechtsstaatlichkeit* verpflichtet fühlten. In Kenia traten sie in einer Phase ins Berufsleben ein, in der unter dem Primat der Partei die drei Gewalten zunehmend verschränkt wurden. Es waren diese Verstöße gegen ihr Rechtsverständnis und die Verletzung ihres Berufsethos, die zahlreiche Juristen zunehmend in Gegensatz zur Regierung brachten.

Auch Kirchenvertreter und Juristen waren politischer Verfolgung ausgesetzt, doch führte dies weder zu Berufsverboten oder im Falle der Kirchenvertreter zu Inhaftierungen. Diese relative Zurückhaltung, die sich die Regierung hier auferlegte, hat ihren Ursprung nicht zuletzt darin, daß Christentum und *Rechtsstaatlichkeit* die Fundamente waren, auf denen das unabhängige Kenia entstanden ist.

Der gewachsene innenpolitische Druck durch das Oppositionsbündnis drängte die Regierung zunehmend in die Defensive. Die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems im



Dezember 1991 muß jedoch wohl dem internationalen Druck der westlichen Gebergemeinschaft zugeschrieben werden, die an Kenia erstmals die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgelegte *politische Konditionalität* erprobten und neue Finanzhilfen bis zur Durchführung nachhaltiger wirtschaftlicher und politischer Reformen aussetzten. Die Formierung der Opposition in Parteien läutete gleichzeitig das Ende der Kooperation zwischen KANU-Dissidenten und Vertretern der Zivilgesellschaft ein.

Zwar übernahmen Juristen in den neuen Parteien wichtige Führungspositionen, doch wurde die Richtung nun von den Alt-Politikern vorgegeben, die völlig selbstverständlich die Parteiführungen übernommen hatten, Oginga Odinga, der erste Vizepräsident des Landes (1963–66) von den Luo in dem *Forum for the Restoration of Democracy (FORD)-Kenya*, der Kikuyu *Kenneth Matiba*, langjähriger Minister im Moi-Kabinett, in dem FORD-Asili und Mwai Kibaki von den Kikuyu, ebenfalls früherer Vizepräsident (1978–88), in der *Democratic Party (DP)*. Die Juristen und andere *Professionals* hatten sich mit einer Juniorrolle zufrieden geben müssen, weil sie als urbane Berufsgruppen nicht wie die KANU-Dissidenten über die zur Untermauerung politischer Ansprüche notwendige ethnische Basis verfügten. Die führenden Alt-Politiker aller drei Oppositionsparteien waren überzeugt, Moi und KANU allein besiegen zu können und zeigten sich gegenüber allen Versuchen von Kirchenvertretern, sie zu einem gemeinsamen Bündnis zu überreden, resistent.

Die Sieges euphorie des Jahres 1992 hatte auch die zunächst von allen Oppositionskräften gestellten Reformforderungen nach einer demokratischen Verfassungsreform und Eindämmung der Korruption in den Hintergrund treten lassen. Die Parteiführer waren nun – die Rückkehr an die Macht hebel vor Augen – nicht mehr an einer Reform des Systems interessiert, sondern nur noch an dessen Übernahme, um die präsidentiale Machtfülle zum eigenen Vorteil zu nutzen. Und genau mit dieser Aussicht mobilisierten sie auch ihre Klientel: Sowohl die Luo- als auch die Kikuyu-Regionen des Landes waren während des Moi-Regimes (erstere bereits unter Kenyatta) entwicklungspolitisch marginalisiert worden. Die lokalen Gemeinschaften, die das soziale Leben vor allem im ländlichen Kenia organisieren, interessieren an der Politik jene Themen, die direkt für ihre Lebenssicherung relevant sind, das heißt der Bau von Straßen, Schulen, Krankenstationen etc.

### Machtkämpfe in Regierungs- und Oppositionsparteien

Für die Bauern ist der Zusammenhang zwischen Gewaltenteilung und Einhaltung der Menschenrechte einerseits und ihren materiellen Lebensbedingungen andererseits nicht unmittelbar einsichtig. Matiba und Co. trugen mit ihren Versprechen auf Rückkehr zu den „Fleischtopfen“ entscheidend dazu bei, daß in den ländlichen Regionen sich kein Bewußt-

sein dafür herausbildete, daß die Klientelwirtschaft und ihre Zementierung durch das bestehende politische System für die Degradierung ganzer ethnischer Gemeinschaften verantwortlich waren.

Gleichzeitig aber wurden die politischen Führer Opfer ihrer eigenen politischen Rationalität: Weil sie die ethnische Gruppe zu ihrer Machtbasis gemacht hatten, konnten sie keine politischen Bündnisse eingehen. Hier kamen die in früheren Jahren bewußt geschürten gegenseitigen ethnischen Ressentiments zum Tragen. Hätte Matiba etwa den Stellvertreter-Posten des greisen Odinga akzeptiert und damit ein Auseinanderbrechen des ursprünglichen FORD-Bündnisses verhindert, so hätte er damit rechnen müssen, daß die Stimmen der Kikuyu an Kibakis Partei DP gegangen wären, denn dann hätte nur Kibaki den Kikuyu die Rückkehr an die Macht real in Aussicht stellen können.

Andererseits bestand für Odinga die Gefahr, daß seine Luo-Gemeinde eher KANU wählen würde, wenn er den zweiten Platz hinter Matiba in FORD übernommen hätte, denn die Luo sind bis heute noch von dem traumatisiert, was sie als den Verrat Kenyattas empfanden: 1966 hatte Kenyatta Odinga angeblich wegen seiner sozialistischen Neigungen als Vizepräsident absetzen lassen. Drei Jahre später war unter bis heute ungeklärten Umständen der andere Luo-Führer *Tom Mboya* ermordet und im Zuge der Unruhen Odinga für mehrere Jahre inhaftiert worden. Aufgrund dieser Ereignisse waren viele maßgebliche Luo nicht bereit, noch einmal die Juniorrolle gegenüber den Kikuyu zu akzeptieren.

Gegen die so gespaltene Opposition konnten KANU und Moi die Wahlen gewinnen. Moi erhielt mit rund 36 Prozent die relative Mehrheit, KANU errang 100 von 188 Parlamentsmandaten. Dafür daß es vor den Wahlen zu keinen Wechsel der unmittelbaren ethnischen Regierungsklientel, also v.a. der Kalenjin und der anderen Rift-Valley-Ethnien (Maasai, Turkana und Samburu), kam, hatten seit November 1991 Regierungspolitiker gesorgt, indem sie im Verborgenen „ethnische Säuberungen“ organisiert hatten, die nach außen hin als „lokale tribalistische Fehden“ erschienen, tatsächlich jedoch insbesondere die Funktion hatten, konstruierte Gegensätze zwischen den „Regierungs-“ und den „Oppositionsethnien“ zu zementieren und als gewissermaßen naturgegeben erscheinen zu lassen.

Nach den Wahlen haben sich innerhalb der Opposition die Konflikte zwischen den Parteikräften, die eigentlich aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich kommen, und den Alt-Politikern zugespitzt, was letztlich dazu führte, daß erstere sich allmählich aus der aktiven Parteiarbeit zurückzogen und nach Alternativen Ausschau zu halten begannen. Im Juni 1995 schließlich wurde *Safina (Swahili für Arche)* gegründet, zu der sich Jung-Türken aller Oppositionsparteien unabhängig ihrer ethnischen Zugehörigkeit bekannten und in deren Organisation der Rechtsanwalt *Paul Muite* (ursprünglich FORD-Kenya) sowie der international anerkannte Paläontologe und Naturschützer *Richard Leakey*, ein weißer Kenianer der dritten Generation, federführend waren.

Ziel Safinas war es, die sich national verstehenden Politiker



der verschiedenen Oppositionsparteien zu sammeln und damit einen Ansatz für eine neue politische Kultur zu bieten. Mit der *Safina*-Gründung gewann die Opposition das erste Mal seit den Wahlen vorübergehend die politische Initiative. Dies hatte zwei Gründe: Erstens bekam die Partei durch Leakey ein international wirksames Zugpferd, was die Regierung in Angst versetzte, daß die ohnehin gegenüber Kenia skeptische westliche Gebergemeinschaft erneut einen härteren Kurs einschlagen könnte.

Zweitens drohte *Safina*, einen Ansatz zur Überwindung der ethnischen Blockbildung zu bieten, genau das, was die Regierung am meisten fürchtet und wodurch sich ihre geradezu panische Reaktion auf *Safina* zu einem großen Teil erklärt. Zu Beginn seiner Herrschaft noch sah Moi in ethnisch-politischen Konflikten die größte Gefahr, da sein Bündnis kleinerer Ethnien per se nicht mehrheitsfähig war. Nach rund 15 Jahren erfolgreicher Spaltungspolitik sind die politischen Kontrahenten jedoch ethnisch so fragmentiert, daß Ethnizität Moïs Trumpfkarte geworden ist. Moi und seine Berater sind sich daher im Klaren, daß ihre Herrschaft am ehesten von einem transethnischen Oppositionsbündnis gefährdet werden kann. Es ist daher nicht verwunderlich, daß *Safina* bis heute nicht registriert ist, ohne daß von offizieller Stelle ein Grund dafür genannt worden wäre. Das Kalkül hinter dieser Verschleppung scheint indes aufzugehen: Die anfängliche Begeisterung für die neue Partei ist längst verebbt, und ihre Führungsköpfe haben sich als konfliktscheuer als von der Regierung befürchtet erwiesen. Trotz mehrfacher Ankündigung konnten sie sich nicht dazu entschließen, zu Demonstrationen und zivilem Ungehorsam aufzurufen. Mitte 1995 schien der Resonanzboden dafür beträchtlich.

Die bestehenden Oppositionsparteien sind in sich mehrfach gespalten. Versuche der Kooperation, wie die im letzten Jahr von Kibaki, *Martin Shikuku* (Generalsekretär der FORD-Asili) und *Kijana Wamalwa* (Nachfolger als FORD-Kenya-Vorsitzender des Anfang 1994 verstorbenen Oginga Odinga) gestartete Oppositions-Allianz, dienen lediglich dazu, sich unter dem Banner der vermeintlichen Einigung der Opposition einen Legitimationsvorsprung vor innerparteilichen Konkurrenten zu verschaffen, die so als Spielverderber hingestellt werden können. Dabei hat sich die Allianz selbst längst als unfähig erwiesen, die jeglicher Einigung vorausgehende Klärung der Nominierungsfrage für die Präsidentschaftswahlen zu lösen. Die strategischen Köpfe der Opposition, wie Paul Muite oder die international renommierte Umweltaktivistin *Wangari Maathai*, haben die 1997er Wahlen bereits abgehakt und konzentrieren ihre Vorbereitungen langfristig auf die Präsidentschaftswahlen 2002, zu denen Moi, so er denn dann noch dazu in der Lage wäre, nach augenblicklichem Stand der Verfassung nicht mehr antreten dürfte, da er dann zwei Amtszeiten im Mehrparteiensystem hinter sich hätte.

Genau diese Perspektiven – die Angst vor einer Zeit nach Moi – sind es, die die Regierungspartei KANU in eine innere Zerreißprobe geführt haben. Im Zentrum steht dabei der Kampf um die Vizepräsidentschaft, die verfassungs-

rechtliche Schlüsselstellung für die Moi-Nachfolge. Der seit 1988 amtierende Vizepräsident *George Saitoti*, offiziell ein Maasai, wird von einer Gruppe einflußreicher Politiker unterstützt, darunter der nach wie vor als zweitmächtigster Mann im Staate geltende *Nicholas Biwott*, ein Kalenjin, der als Drahtzieher des Ouko-Mordes gilt. Der (noch) inoffizielle Gegenkandidat ist der Landwirtschaftsminister *Simeon Nyachae* von den Kisii (6,1 Prozent). Dafür daß er, der 1991/92 als potentieller Oppositionspolitiker galt, die Stimmen der Kisii für KANU bei den 1992er Wahlen sicherte, war ihm von Moi die Vizepräsidentschaft versprochen worden. Daraus ist bislang nichts geworden. In sein Lager gehört u. a. einer der schärfsten KANU-Falken, der Minister für Lokalverwaltung *William ole N'timama* von den Maasai. Er hatte einst Saitoti zu Moïs Kronprinzen gemacht.

Doch Saitotis Weigerung, die maßgeblich von N'timama initiierten ethnischen Vertreibungen in seinen Heimatdistrikt im Rift Valley zu tragen und gegen die dort lebenden Kikuyu vorzugehen, haben ihn in N'timamas Augen zu einem unsicheren Kantonisten gemacht: Saitoti ist allem Anschein nach kein Maasai, sondern von Geburt Kikuyu. Er hatte die Maasaiidentität nur angenommen, um ein speziell für Maasai vorgesehenes Bildungsprogramm in der Kolonialzeit wahrnehmen zu können. N'timamas Angst ist es nun, daß ein Präsident Saitoti sich auf seine Kikuyu-Wurzeln besinnen und damit die Präsidentschaft gewissermaßen N'timamas Intimfeinden ausliefern könnte. Verdächtig macht ihn in N'timamas Augen auch, daß er zudem von den wenigen verbliebenen, aber den Parteiapparat kontrollierenden Kikuyu unterstützt wird.

### Neuer Reformschub durch Zivilgesellschaft?

Daß ein offener Ausbruch des Kampfes um die Vizepräsidentschaft offensichtlich unmittelbar bevorsteht, wird auch dadurch deutlich, daß sich mittlerweile ein Großteil der bislang zu keinem der beiden Lager gehörenden KANU-Größen in eines von beiden geschlagen haben, u. a. der bislang als möglicher dritter Kandidat gehandelte und gerade bei den Geberländern hoch angesehene noch junge Finanzminister *Musalia Mudavadi*, der nun Nyachae unterstützt. Im Zuge der Zuspitzung der Auseinandersetzung sind keine Grautöne mehr möglich, können sich Spitzenpolitiker keine unabhängigen Positionen mehr leisten. Dieser Kampf um die beste Ausgangsposition für die Moi-Nachfolge hat nichts mit einem politischen Richtungskampf zwischen Modernisierern und Politikern traditioneller Provinienz oder zwischen Falken und Tauben zu tun. Es geht allein um die Macht – und die wird zumal in KANU nach ethnischer Arithmetik vermessen. Zum Showdown wird es aller Voraussicht nach bei den nationalen KANU-Wahlen kommen, die zur Zeit vorbereitet werden und deren Abhaltung schon seit rund drei Jahren überfällig ist. Eine Voraussage scheint schlechterdings nicht möglich.

Wirkliche Reformansätze werden derzeit nahezu ausschließ-



lich im zivilgesellschaftlichen Bereich entwickelt. Der wichtigste ist der Zusammenschluß einer Reihe nationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO), die unter der Bezeichnung *Citizens Coalition for Constitutional Change* (4 Cs) auf eine Verfassungsreform hinarbeiten. Entstanden ist dieses Bündnis Ende 1994, als nationale NROs die von zwei juristischen Verbänden (*Law Society of Kenya* und *International Commission of Jurists/Kenyan Chapter*) und einer Menschenrechtsorganisation (*Kenya Human Rights Commission*) vorgelegte demokratische Modellverfassung diskutierten. Die Modellverfassung sieht v.a. die Einführung des Verhältniswahlrechts, die Stärkung der Unabhängigkeit der Judikative, die Beschneidung der präsidentiellen Machtfülle sowie eine substantielle Dezentralisierung vor.

Ziel der 4 Cs ist es, eine Nationalversammlung zu organisieren, an der alle relevanten politischen Kräfte, einschließlich KANU, teilnehmen und auf der – unter demokratischen Prämissen – eine Einigung über die Neuschreibung der Verfassung erzielt wird. Wenngleich dieses Ziel angesichts der Machtkämpfe in den politischen Parteien gegenwärtig in weiter Ferne zu liegen scheint, so ist die Initiative doch in mehrfacher Weise wichtig: Zum einen signalisiert sie, daß die politische Handlungsinitiative nicht den primär mit Machtarithmetik beschäftigten Parteien überlassen wird. Zum anderen stärkt sie aber auch den brüchiger gewordenen gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn bei weiten Teilen der Bevölkerung herrscht große Enttäuschung und Apathie

über die Perspektivlosigkeit der Oppositionsparteien und KANUs Arroganz der Macht vor. Durch politische Bildungsseminare (*civic education*), die im gesamten Land von den zahlreichen NROs, z. T. mit direktem Bezug zur Verfassungsfrage, durchgeführt werden und die versuchen, die „großen nationalen Themen“ mit den Alltagsproblemen der Menschen vor Ort zu verbinden, verdeutlichen sie den Bürgern, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse nicht gottgegeben und -gewollt sind.

Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die zwei anglikanischen und protestantischen Kirchen (CPK, PCEA), der NCKK und die katholische Kirche, die nach anfänglichem Zögern nun Vertreter in das Koordinierungsgremium der 4 Cs entsendet haben. Die Mitarbeit der Kirchen ist v.a. deshalb so wichtig, weil sie durch ihre zahlreichen landesweiten Entwicklungsprojekte, gerade auch in Regionen, in denen der Staat keine oder nicht ausreichende Dienstleistungen zur Verfügung stellt, eine hohe moralische Legitimität in der Bevölkerung besitzen und einer von ihnen unterstützten Initiative nicht mit der Skepsis begegnet wird, die üblicherweise in vielen ländlichen Regionen den aus Nairobi anreisenden Delegationen entgegengebracht wird. Eine wirkliche Reformperspektive für das Land wird sich aber erst auftun, wenn die Oppositionsparteien ernsthaft mit den 4 Cs kooperieren und dadurch die Regierung unter nachhaltigen Reformdruck setzen. Die gegenwärtige Situation gibt nicht viel Anlaß zur Hoffnung. *Ralph-Michael Peters*

## Renaissance der Maya

### Der politische Aufbruch der indianischen Bevölkerung Guatemalas

*Im politischen wie kulturellen Leben Guatemalas spielte die indianische Bevölkerungsmehrheit bis vor kurzem kaum eine Rolle. Inzwischen haben die Mayas in dem mittelamerikanischen Staat aber den langen Marsch durch die Institutionen des Staates angetreten. Das Friedensabkommen zwischen Regierung und Guerilla enthält auch eine Vereinbarung über Identität und Rechte der Indígenas.*

Eine indianische Rebellion in Chiapas macht seit Anfang 1994 Schlagzeilen auch in der Bundesrepublik: Auf drastische Weise erinnert die Maya-Bevölkerung im südlichsten und ärmsten Bundesstaat Mexikos an ihre soziale Situation; die *Zapatistische Befreiungsarmee* (EZLN) nutzt das innenpolitische Chaos der folgenden Monate zur Artikulation sozialpolitischer Forderungen, die auf eine Demokratisierung der Gesellschaft hinauslaufen. Nicht zuletzt eine weltweite Berichterstattung zwingt die mexikanische Regierung zu langwierigen Verhandlungen mit marginalisierten Gruppen der indianischen Bevölkerung.

Von der internationalen Öffentlichkeit weniger bemerkt, er-

lebt das benachbarte *Guatemala* ebenfalls eine *indigene Renaissance*. Die Maya stellen hier eine Bevölkerungsmehrheit (rund 60 Prozent von derzeit 10,7 Millionen), die das Erbe ihrer mehrtausendjährigen Kultur reduziert sieht auf farbige Folklore im Dienste des Fremdenverkehrs. Das nationale Wirtschaftssystem hält den überwiegenden Teil der Bevölkerung in der Rolle analphabetischer Hilfskräfte für Haushalte und Plantagen, als Tagelöhner und Straßenhändler. Mehr als 85 Prozent der Guatemalteken subsistieren unterhalb der Armutsgrenze.

Nach einem länger als drei Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg kommt ein langwieriger Friedensprozeß zwischen